



**Kathrin Vogler**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Es bleibt dabei: Keine deutschen Waffen in Spannungsgebiete!**

Aus den Medien erfahren wir von der furchtbaren Situation, in der sich Minderheiten im Irak und in Syrien, insbesondere die Jesiden, aber auch Christen und andere befinden. Wir hören Berichte von kaum vorstellbaren Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen, Männer und Kinder. Hunderttausende sind derzeit in den kurdischen Regionen des Nordirak auf der Flucht vor den bewaffneten Mörderbanden des so genannten "Islamischen Staats" (IS). Angesichts dieser Nachrichten werden von verschiedener Seite Waffenlieferungen in die Region gefordert.

Auch wenn der Ruf nach Waffen als einfache Lösung erscheint zeigen einige einfache Fragen, wie kompliziert die Lage in Wirklichkeit ist. Wer fordert eigentlich Waffenlieferungen? Fehlt es tatsächlich an Waffen? Was würde mit den gelieferten Waffen nach einer erfolgreichen Zurückschlagung des IS passieren? Könnten überhaupt schnell genug Waffen geliefert werden, um den Flüchtlingen im Sindschar-Gebirge zu helfen? Gibt es dort militärisches Personal, das genau diese Waffen handhaben kann? Welche Auswirkungen würden die diskutierten Waffenlieferungen auf die innerkurdischen Konflikte haben? Welche Auswirkungen auf die neben Syrien und Irak noch betroffenen Staaten Türkei und Iran, in denen es ebenfalls kurdische Minderheiten gibt?

*Gegen den Ruf nach Waffenlieferungen bleibt festzuhalten:*

1. Waffenexporte in Spannungsgebiete sieht DIE LINKE ja nicht deswegen kritisch, weil damit jeweils die "falsche" Seite unterstützt werden könnte, sondern weil es in Krisenregionen immer zu einer Eskalation der Gewalt kommt, wenn mehr und schwerere Waffen vorhanden sind. Dies führt auch zu höheren Verlusten unter der Zivilbevölkerung. Eine Begrenzung des Einsatzes möglicherweise gelieferter Waffen auf konkrete Rettungsaktionen für bedrohte Zivilisten ist nicht möglich.
2. Wer jetzt in dieser Ausnahmesituation Waffenexporte fordert, anerkennt damit die Position der Bundesregierung, dass Waffenexporte ein Mittel der Außenpolitik sind, um Bündnispartner zu unterstützen. Eine generelle Ablehnung von Waffenexporten ist dann keine glaubwürdige Position mehr.
3. Bombardements aus der Luft bergen immer ein hohes Risiko für die Zivilbevölkerung und sind deshalb besonders in Bürgerkriegssituation entschieden abzulehnen.
4. Wer eine militärische Lösung für die jetzige Katastrophe sucht, will letztlich das gleiche Mittel zur Heilung der Situation einsetzen, das für die Katastrophe ursächlich ist. Tatsächlich ist die jetzige Situation eine Folge der US-Politik im Mittleren Osten der letzten drei Jahrzehnte, insbesondere der Embargos gegen Iran und Irak, der beiden Golfkriege, des Irakkriegs und des glorios gescheiterten "Kriegs gegen den Terror".
5. Kein Militäreinsatz ohne UN-Mandat! Die derzeitige Situation im Nordirak ist ein Fall für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, nicht für bilaterale Absprachen zwischen der irakischen Regierung und den USA.
6. Gerade im Konflikt mit den Dihadisten muss streng auf die Einhaltung des Völkerrechts geachtet werden, will man dem IS nicht noch zubilligen, dass er sich als legitime Widerstandsbewegung gegen die in der gesamten arabischen und muslimischen Welt verhassten USA und ihre westlichen Verbündeten darstellen kann.

7. Wer jetzt Waffen liefern will, muss auch einen Plan haben, wie nach der Rettung der Jesiden im Sindschar-Gebirge der Kampf gegen IS geführt werden soll. Droht hier der nächste jahrzehntelange "Anti-Terror-Einsatz" wie in Afghanistan?

*Was jetzt zu unternehmen ist:*

1. Großzügige Aufnahme jesidischer und anderer irakischer und syrischer Flüchtlinge durch die Bundesrepublik. Wir brauchen auch eine unbürokratische Möglichkeit zur Einreise von Angehörigen zu ihren Familien nach Deutschland, ähnlich wie das für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge vereinbart wurde. Nur sollten wir dieses Mal darauf achten, dass die Hürden für Aufnahmewillige nicht so hoch sind.
2. Humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge.
3. Die Bundesregierung muss Einfluss nehmen auf die Türkei, damit diese die Grenzen für jesidische und andere Flüchtlinge aus dem Nordirak und aus den kurdischen Gebieten in Syrien sowie für humanitäre Lieferungen und regulären Handel über die kurdisch-syrische Region Rojava öffnet.
4. Die Bundesregierung muss endlich wirksam gegen die Unterstützung der IS-Kämpfer durch ihre Bündnispartner vorgehen. Es kann nicht sein, dass das NATO-Mitglied Türkei, das die IS immer noch logistisch und vielleicht auch mit Waffen unterstützt, dafür von der Bundesregierung noch nicht einmal zur Rede gestellt wird. Es kann nicht sein, dass Saudi-Arabien und Katar, von wo aus IS massiv unterstützt wird, auch noch Waffen aus der Bundesrepublik geliefert bekommen. Diese Politik ist besonders empörend im Vergleich zum Agieren der Bundesregierung im Ukraine-Konflikt, in dem Russland für die Unterstützung der ostukrainischen Separatisten mit scharfen Sanktionen belegt wird. Die Terrorunterstützer in den Golfdiktaturen und in der Türkei müssen solche nicht fürchten.
5. Boykott des IS-Öls. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das Erdöl aus den Quellen, die IS erobert hat, international unverkäuflich ist.
6. Aufhebung des PKK-Verbots.
7. Die Politik der bisherigen Regierungen im Irak, die systematisch versucht haben, Sunniten und säkulare Kräfte zu marginalisieren, muss beendet werden. Es muss Druck ausgeübt werden auf die politischen Eliten im Irak, damit es zu einer Regierung der nationalen Einheit kommt, die tatsächlich die Autorität hat, auch für sunnitische und säkulare Kräfte zu sprechen, um so den Rückhalt für IS in der Bevölkerung zu verringern. Die ethnischen und religiösen Spaltungen müssen überwunden werden.

*Und ganz allgemein:*

Der Vormarsch von IS ist ein Ergebnis der verfehlten Politik des Westens in der Region. Ohne den Angriffskrieg gegen den Irak, den Angela Merkel als Oppositionsführerin befürwortet hatte und der auch von der damaligen rot-grünen Bundesregierung in vielfältiger Form unterstützt wurde, wäre die Situation im Irak nicht die, die wir heute haben. Wenn der Westen im Bürgerkrieg in Syrien, statt die Rebellengruppen militärisch zu unterstützen, nicht zuletzt über seine Partner in den Golfstaaten, von vornherein auf eine Verhandlungslösung unter Beteiligung Assads gesetzt hätte, gäbe es heute in Syrien nicht die Situation, mit der wir es jetzt zu tun haben. Wenn der Westen auf eine Verhandlungslösung im Atomstreit mit dem Iran gesetzt hätte, hätte er die Golfdiktaturen, die immer mehr zum Unsicherheitsfaktor in der Region werden, nicht hofieren und nicht aufrüsten müssen. Wenn der Westen nicht immer wieder in Bürgerkriegen in der islamischen Welt (Bosnien, Afghanistan, Libyen, Syrien usw.) islamistische Milizen unterstützt hätte, dann gäbe es jetzt weniger Waffen und weniger ausgebildete Kämpfer, die sich IS anschließen können.

Die Politik in Deutschland muss zudem anerkennen, dass der Djiihadismus kein reines "Migrantenproblem" ist. Hier in Deutschland werden hier geborene und aufgewachsene junge Menschen geworben, die als Kämpfer in den Milizen von Taliban, Al Qaida und IS das Morden lernen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, welche Lebensbedingungen von Jugendlichen hierzulande den Djihad als Perspektive erscheinen lassen und dem entgegenwirken.